



Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 26.06.2009

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 02. Juli 2009, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Mitteilungen
3. Fragestunde

4. 09-V-14-0001

DL 08/09-12

Prüfung der Jahresrechnung 2006

Berichterstatter: Stadtv. Torsten Tollebeek

ANLAGE

5. 09-F-25-0053

Sanierung der Walkmühle durch den Künstlerverein Walkmühle e.V.
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen + FDP
vom 06.05.2009 -

Vorbemerkung:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist seit über 20 Jahren im Besitz des Industriedenkmals Walkmühle. In dieser Zeit konnte kein tragendes Nutzungskonzept für den denkmalgeschützten Gebäudekomplex gefunden werden. Seit einigen Jahren setzt sich der Künstlerverein Walkmühle e.V. maßgeblich für den Erhalt und den Fortbestand der Walkmühle ein. Neben dem Erhalt der Bausubstanz geht es dem Verein um die Suche bzw. Schaffung von geeigneten Räumlichkeiten, zur Produktion, Ausübung und öffentlichen Präsentation von Kunst und Kultur.

Auf Grundlage eines Schadenkatasters hat der Verein Überlegungen zur dauerhaften Nutzung als Zentrum der bildenden Kunst in Form eines Atelierhauses und eines interdisziplinären kulturellen Veranstaltungsortes entwickelt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten ein finanziell tragfähiges Konzept zur dauerhaften Nutzung der Walkmühle als Zentrum der bildenden Kunst in Kooperation mit dem Künstlerverein Walkmühle e.V. vorzulegen.

6. 09-F-01-0065

Rudolf-Dietz-Schule in Wiesbaden-Naurod - Umbenennung
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2009 -

Das Thema „Rudolf-Dietz-Schule“ beschäftigt die städtischen Gremien und die Wiesbadener Öffentlichkeit seit dem Jahre 2003 besonders intensiv. Im Dezember 2004 stellte der damalige Gutachter, Prof. Peter Steinbach, fest, dass man heute keine Schule mehr nach dem Nauroder Heimatdichter und Verfasser von judenfeindlichen Texten, Rudolf Dietz, benennen würde.

Nachdem 2006 eine Magistratskommission zu dem Thema eingerichtet worden war und diese mit der Schule eine Vereinbarung zur Behandlung der Thematik im Unterricht getroffen hatte, präsentierte die Schule im September 2008 ein pädagogisches Konzept, wie die NS-Vergangenheit des Schulnamensgebers in der vierten Klasse thematisiert werden kann.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung zeigt sich über die Art und Weise der Aufarbeitung der NS-Zeit in der Rudolf-Dietz-Schule erfreut und spricht den Lehrkräften der Schule sowie allen Beteiligten an der Konzeption dieser Aufarbeitung Anerkennung für ihre pädagogische und didaktische Leistung aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass sich an der Sach- und Faktenlage der Namensgebung der Rudolf-Dietz-Schule nichts geändert hat, wonach der Gutachter Prof. Dr. Peter Steinbach die Ausführungen des Stadtarchivs bestätigt hat, nach denen Rudolf Dietz Mitglied der NSDAP war, dass er antisemitische Gedichte veröffentlicht sowie in seinem Gedicht „Reichslied“ Hitlers Machtübernahme „befürwortet und bejubelt“ habe und deshalb als geistiger

Wegbereiter des Nazi-Regimes einzustufen sei. Auf populäre Weise habe er mithilfe gemütlich klingender Mundart daran mitgewirkt, vorhandene antisemitische Vorurteile zu bekräftigen und den später in gigantische Staatsverbrechen einmündenden Rassismus zu verbreiten.

3. Die Stadtverordnetenversammlung ist der Auffassung, dass die Namensgebung einer Schule der Überprüfung ihrer demokratischen Sinnhaftigkeit Stand halten muss, d. h., der Namenspatron einer Schule muss die Eignung haben, im Sinne von Menschenwürde und Toleranz, also im Sinne humanitärer Werte schlechthin für junge Menschen Vorbild zu sein.
4. Der Magistrat wird deshalb aufgefordert, der Nauroder Grundschule den Namen „Rudolf-Dietz-Schule“ zu entziehen. Ortsbeirat und Schulkonferenz werden gebeten, für die Schule aus ihrer Sicht geeignete neue Namensvorschläge vorzulegen.
5. Die Stadtverordnetenversammlung bittet um einen Bericht, was die vom ehemaligen Oberbürgermeister Hildebrand Diehl angekündigte weitere Aufarbeitung des „Mitläufertums“ während der NS-Zeit hervorgebracht hat.

7. 09-F-25-0068

Hochschul- und Forschungsstandort Wiesbaden fördern
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 24.06.2009

Vorbemerkung:

Wiesbaden ist ein etablierter Hochschulstandort und wird demnächst Universitätsstadt werden. Insbesondere mit der Fachhochschule mit ihren rund 9000 Studierenden gab und gibt es viele fruchtbare Kooperationsprojekte - von der Fernsehausstellung über die Poetikdozentur bis zur ‚virtuellen Rekonstruktion der Synagoge‘. Die Stadtverordnetenversammlung hat diese Kooperationen der hessischen Landeshauptstadt mit der FH Wiesbaden 2006 in einem Antrag gewürdigt und beschlossen sie weiter auszubauen.

Zur weiteren Förderung des Hochschulstandortes Wiesbaden strebt die Stadtverordnetenversammlung eine Verbesserung der Kommunikationsstrukturen zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und den verschiedenen Hochschulen sowie der Hochschulen untereinander an.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- eine Anlaufstelle bei der Stadt Wiesbaden einzurichten, die für die Belange der Hochschulen zuständig sein wird, die die Hochschulen berät und ihre Anliegen gegebenenfalls weitervermittelt und unterstützt oder direkt bei der Umsetzung mitwirkt. Tätigkeitsfelder können beispielsweise Kooperationsprojekte mit den Hochschulen, gemeinsame Öffentlichkeits- und Imagearbeit oder die räumliche Weiterentwicklung der Fachhochschule betreffen.
- einen Runder Tisch „Wiesbaden als Hochschul- und Wissenschaftsstandort“ zu etablieren. An diesem Runden Tisch kommen Vertreter und Vertreterinnen der Wiesbadener Hochschulen sowie gegebenenfalls weitere Hochschulen des Rhein-Main-Gebietes, der Verwaltung und der Politik zusammen, um gemeinsam Initiativen und Maßnahmen zur Stärkung des Hochschulstandortes Wiesbaden zu entwickeln.

8. 09-F-25-0051

Energieeinsparung bei Vereinen mit vereinseigenen Anlagen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 29.04.2009 -

Im letzten Jahr ist eine umfangreiche Befragung der Wiesbadener Sportvereine mit vereinseigenen Anlagen erfolgt. Als Ergebnis des gestiegenen Energiekostenbedarfs wurden den Vereinen für die Jahre 2008 und 2009 Sofortmittel bereitgestellt.

Der Magistrat wird nunmehr gebeten, der Stadtverordnetenversammlung zu berichten,

- a) welche kurzfristigen Energiemaßnahmen bei den Vereinen geplant sind.
- b) welche Finanzmittel hierfür erforderlich sind.

Darüber hinaus wird um Mitteilung gebeten,

- >> welche langfristigen Sanierungsmaßnahmen bei den Vereinen geplant sind, und
- >> in welchem Kostenrahmen sich die einzelnen Vorhaben bewegen.

9. 09-F-04-0004

Erhöhung der Zahl der Ordnungskräfte und Ausdehnung der Kontrolltätigkeit in den Nachtstunden und am Wochenende

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 24.06.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Zahl der städtischen Hilfspolizisten wird um 20 Mitarbeiter erhöht.

Der Magistrat wird aufgefordert, eine Dienstvereinbarung abzuschließen, die die Ausdehnung der Kontrolltätigkeit in den Nachtstunden und vor allem am Wochenende ermöglicht.

10. 09-F-06-0032

Resolution gegen Arbeitsplatzvernichtung in Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 24.06.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Solidaritätserklärung gegen den drohenden Personalabbau

Liebe Mitarbeiterinnen von Federal Mogul Wiesbaden und Karstadt Wiesbaden,

unsere Solidarität gehört eurem Kampf um den Erhalt eurer Arbeitsplätze! Bei Federal Mogul wurden bereits 200 Arbeitsplätze abgebaut, weitere 200 stehen auf der Kippe. Durch die Insolvenz von Arcandor sind bundesweit Zehntausende von Arbeitsplätzen bei Karstadt in Gefahr - darunter rund 300 in Wiesbaden.

Ein Personalabbau in dieser Größenordnung bedeutet nicht nur für euch und eure Familien eine Katastrophe. Wer findet bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage in der Region einen neuen Job. Der Verlust dieser Jobs bedeutet noch weniger Kaufkraft, noch weniger Beschäftigung, noch mehr soziale Not.

Ganz Wiesbaden würde durch den Verlust der Arbeitsplätze in euren Betrieben an positiver Perspektive verlieren.

Wir unterstützen euren Protest!

Die Geschäftsleitung von Federal Mogul Wiesbaden hat auch soziale Verpflichtungen gegenüber ihren Beschäftigten und unserer Stadt. Es kann nicht sein, dass Federal Mogul jahrelang hier am Standort Wiesbaden durch gute Arbeit der Beschäftigten gut verdient hat und bei einem konjunkturellen Einbruch als Lösung kein anderes Mittel als den Personalabbau sieht.

Wir fordern deshalb mit die Konzernführung auf, den Personalabbaubeschluss zurückzunehmen, in neue Produkte zu investieren und so dem Werk und allen Beschäftigten eine Perspektive in Wiesbaden zu sichern.

Auch die Eigentümer von Karstadt müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und ihre Mittel und Möglichkeiten einsetzen um die Arbeitsplätze bei Karstadt zu retten.

Die Stadt Wiesbaden wird - auch durch Gespräche mit der Landesregierung - alles in ihren Kräften stehende tun, um zum Erhalt der Arbeitsplätze beizutragen.

Mit solidarischen Grüßen

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden

11. 09-F-25-0052

Bau und Betrieb einer Eissporthalle in Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 06.05.2009 -

Vorbemerkung:

Angestoßen durch die Frage einer Überdachung der Henkell-Kunsteisbahn seitens der „Initiative Eisbahndach“ begann Anfang 2008 eine Reihe von Gesprächen zwischen Oberbürgermeister, Sportamt und der Initiative der Eissportvereine.

Daraus sind Überlegungen für einen Neubau einer Eissporthalle als Alternative zur Überdachung des bisherigen Standorts heraus entstanden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob, wann und mit welchen Mitteln der Neubau und der Betrieb einer Eissporthalle zu realisieren ist

ANLAGE Änderungsantrag

12. 09-F-01-0033

Zukunft der Stadtbibliotheken Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2009 -

Mit Beschluss Nr. 0468 vom 15. November 2007 hat die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen, dass die aktuellen Räumlichkeiten der Zentralbibliothek in der Neugasse in verfügbarer Fläche und Gebäudezustand nicht mehr ausreichend sind. Da der Mietvertrag im Weinandhaus Ende 2010 ausläuft, wurde eine Projektgruppe beauftragt Standortoptionen zu prüfen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Bericht zum Sachstand zu geben, in dem insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen sind:

Gegenüberstellung der Optionen:

- Erweiterung der Bibliotheksfläche bei Fortführung des Mietvertrages im Weinandhaus
- Anmietung einer geeigneten alternativen Immobilie im Stadtzentrum
- ein den Erfordernissen einer modernen großstädtischen Bibliothek entsprechender Neubau, ggf. unter Einbeziehung anderer Kultureinrichtungen der Stadt (wie z.B. des Medienzentrums)

Ferner:

- Möglichkeiten einer weitergehenden Kooperation zwischen Stadt- und Landesbibliothek
- Vorschläge zur zeitgemäßen Ausstattung im Bereich der technischen Infrastruktur und
- Darstellung der Kosten der genannten Optionen bzw. Alternativen auch im Vergleich zur derzeitigen Kostensituation

ANLAGE Änderungsantrag

13. 09-F-01-0035

Wiesbaden als Teil einer Region der Zukunft / Eine IBA für Rhein-Main
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 18.03.2009 -

Eine Internationale Bauausstellung (IBA) 2018 könnte der Rhein-Main-Region positiven Schwung geben, sich stärker als Region zu definieren und zu agieren.

Eine IBA bietet dem Rhein-Main-Gebiet die Chance, in größerem Rahmen über die maßgeblichen Problemfelder einer Metropolregion zu diskutieren und zukunftsweisende Projekte zur Lösung solcher Probleme zu erarbeiten. Dabei lässt sich exemplarisch ein Beitrag zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben erarbeiten und gleichzeitig die Metropolregion Rhein-Main im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Regionen voranbringen. Die Leitidee „Internationalität“ könnte in den Handlungsfeldern Wohnen, Landschaft und Siedlung, Wissen und Bildung, Kultur und Mobilität wichtige Perspektiven aufzeigen, wie wir künftig zusammenleben möchten.

Mittlerweile hat die Lenkungsgruppe des Hessischen Landtages den (Ober)Bürgermeistern der Region das Konzept vorgestellt und inzwischen hat sich auch die Hessische Landesregierung bereit erklärt, das Projekt „konstruktiv zu begleiten“. Sowohl innerhalb des Hessischen Landtages als auch bei vielen Entscheidungsträgern in der Region wächst die Akzeptanz für eine Internationale Bauausstellung im Rhein-Main-Gebiet.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich für eine Internationale Bauausstellung (IBA) in der Rhein-Main-Region für das Jahr 2018 aus und bittet den Magistrat, eine grundsätzliche Sitzungsvorlage auszuarbeiten, in der die Teilnahme Wiesbadens an dem Projekt vorbereitet wird.
2. Die Stadtverordnetenversammlung befürwortet eine Einbeziehung der Landeshauptstadt Mainz - falls von dieser gewünscht - in das Konzept der IBA Rhein-Main.
3. Die Stadtverordneten, Stadträte und die Parlamentarier aus Wiesbaden werden gebeten, sich in allen zuständigen Gremien und Parlamenten für das IBA-Projekt einzusetzen.
4. Der Magistrat wird gebeten, in der zu erarbeitenden Vorlage die Einrichtung einer Projektgruppe beim Oberbürgermeister zu prüfen, die - ähnlich der Stabsstelle Weltkulturerbe - personell und strukturell in der Lage ist, die Landeshauptstadt Wiesbaden im Prozess zur Entwicklung und Umsetzung eines Konzepts für die IBA zu vertreten.

ANLAGE Änderungsantrag

14. 09-F-06-0026

Zahlungen zum Übergang von ALG II/Sozialhilfe in Rente
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 09.06.2009 -

Da Leistungen nach SGB II und SGB XII am Anfang jedes Monats ausgezahlt werden, Rentenzahlungen aber am Monatsende erfolgen, ergibt sich für davon betroffene Personen im ersten Monat des Rentenbezugs eine Leistungslücke. Bislang wird diese unzulängliche Regelung zu Lasten der Rentenbezieher/innen gelöst: es wird ein Darlehen gewährt, das die nächsten Monate getilgt werden muss. Erhält dieser Personenkreis aber Grundsicherung im Alter bzw. eine Rente auf Sozialhilfeniveau, wird durch diese Tilgungsverpflichtungen das Existenzminimum für ca. zwei Jahre unterschritten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Allen Personen, die bislang Leistungen nach SGB II oder SGB XII erhalten haben und erstmalig Grundsicherung im Alter bzw. eine Rente in Höhe des Sozialhilfeniveaus erhalten, wird im ersten Monat des Bezugs von Alters- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrente ein Zuschuss gewährt, der sich an der entsprechenden Höhe des ALG II bzw. der Sozialhilfe orientiert.

15. 09-F-06-0027

Wohnbau-Wohnungen in AKK
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 16.06.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der LH Wiesbaden wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen,

- dass mit der Übernahme der rund 2800 Wohnungen in den AKK-Stadtteilen aus dem Bestand der Wohnbau Mainz in den kommunalen Wohnungsbestand der LH Wiesbaden auch der zur Betreuung dieser Wohnungen notwendige Teil des Personals übernommen wird.
- dass das Kundencenter AKK vor Ort (in der Flörsheimer Straße 43) als wichtige Serviceeinrichtung für die Mieter/innen erhalten bleibt.
- dass der Betrieb des Jugendpavillons im Wohngebiet Krautgärten uneingeschränkt aufrechterhalten bleibt.
- dass eine verbindliche Festlegung erfolgt, dass die von der Wohnbau Mainz übernommenen Wohnungen dauerhaft im kommunalen Eigentum verbleiben und nicht an Private veräußert werden.
- dass das Mietpreisniveau dieser Wohnungen der sozialen Daseinsvorsorge Rechnung trägt und der Eigentümerwechsel nicht zum Anlass für Mieterhöhungen genommen wird.

16. 09-F-24-0002

Gemeinsam mit dem Land gegen ungerechten Länderfinanzausgleich statt Sonderopfer zu Lasten der Kommunen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 18.06.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden wehrt sich mit allem Nachdruck dagegen, dass den hessischen Kommunen ab dem Jahr 2011 ein Sonderopfer durch Mittelentzug im Kommunalen Finanzausgleich abverlangt werden soll. Sie fordert die hessische Landesregierung auf, in ihrer weiteren Finanzplanung die Verbundmasse in Höhe von 23 Prozent beizubehalten und die Finanzausgleichsmasse nicht dadurch zu schmälern, dass Mittel aus der Finanzausgleichsmasse zu Gunsten des Landes einbehalten werden. Dies gilt insbesondere für die im Finanzplan 2009 erklärte Absicht, ab dem Jahr 2011 zu Lasten der Kommunen jährlich 400 Millionen Euro der Finanzausgleichsmasse entziehen zu wollen.
2. Gemeinsam mit dem Land Hessen wehrt sich die Landeshauptstadt Wiesbaden dagegen, dass im Länderfinanzausgleich das Land Hessen als das ohnehin stärkste Zahlerland - auch zu Lasten seiner Kommunen - belastet bleibt und eher noch stärker belastet werden wird.

17. 09-F-25-0066

Umsetzung der sozialrechtlichen Form öffentlich geförderter Beschäftigung

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 24.06.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Wiesbaden als Optionskommune verfügt über ein breites Spektrum an Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungsangeboten zur beruflichen Integration von Jugendlichen und Erwachsenen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Verschiedene Bildungseinrichtungen und Beschäftigungsgesellschaften bieten eine Vielzahl von Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten an, um für auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen durch individuelle Förderung und Unterstützungsmaßnahmen Wege aus der Arbeitslosigkeit zu finden, darunter auch die sozialrechtliche Form öffentlich geförderter Beschäftigung.
2. Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in den verschiedenen Projekten engagieren, denjenigen, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende oder Sozialhilfe erhalten, eine Chance auf Wiedereingliederung in das Berufsleben zu eröffnen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt all die Menschen, die an den Angeboten der Integrations- und Beschäftigungsförderungsmaßnahmen teilnehmen, um dadurch einen Weg aus der Arbeitslosigkeit zu finden.
4. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert alle Versuche, durch persönliche Angriffe und unsachliche Kritik die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Projekten und Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der sozialrechtlichen Umsetzung öffentlich geförderter Beschäftigung zu verunsichern, wie es zuletzt gegenüber dem Projekt „Fast wie neu. - Das KaufHaus im BauHaus“ der Bauhauswerkstätten geschehen ist.

18. 09-F-25-0067

Optimierung der SGB-II-Berichterstattung

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 24.06.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Um die Aussagekraft der SGB-II-Geschäftsberichte zu verbessern, wird der Magistrat gebeten:

1. Die standardisierte Berichterstattung "Daten zu Hilfebedürftigen, Eingliederungsleistungen und Integrationen" wird künftig halbjährlich fortgeschrieben. Dabei sind die Daten für das 1. Halbjahr (Stichtag 30. Juni) den Gremien bis Ende August, die Daten für das 2. Halbjahr (Stichtag 31. Dezember) bis Ende Februar des Folgejahres vorzulegen. Dabei erfolgt neben der Darstellung der Eingliederungshilfen nach Maßnahmeart (Rechtsgrundlage) eine weitere Detaillierung nach einzelnen Projekten und Maßnahmeträgern. Dabei sind jeweils die zur Verfügung stehenden und die tatsächlich besetzten Plätze sowie der jeweilige Finanzbedarf auszuweisen.
2. Weiterhin werden in ergänzenden Berichten zur standardisierten Berichterstattung besondere Themen wie Qualifikationsstruktur der Bewerber/innen oder die Ergebnisse bestimmter Eingliederungsmaßnahmen vertiefend untersucht.

19. 09-F-06-0031

Förderung von Jugendkultur - Finanzielle Unterstützung des Kulturpalastes
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 24.06.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden stellt dem Kulturpalast Wiesbaden (F.K.i.B. e.V.) unverzüglich die für die dringend notwendige Lautsprecheranlage benötigten Mittel zur Verfügung.

Der Magistrat wird gebeten einen entsprechenden Deckungsvorschlag zu machen.

20. 09-F-25-0069

Rudolf-Dietz-Schule in Wiesbaden-Naurod
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 25.06.2009 -

Vorbemerkung:

Der Oberbürgermeister hatte in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30. April 2008 über die Arbeit der Magistratskommission „Mediation - Anpassung - Widerstand; Konsequenzen aus dem Steinbach-Gutachten“ berichtet. In seinem mündlichen Bericht führte er u.a. aus, dass das pädagogische Konzept „Dunkle Zeit“ in der Schule weitergeführt wird und es vereinbart wurde, dass es nach einem Jahr ein weiteres Gespräch geben wird, in dem über die dann vorliegenden weiteren Erfahrungen und Ergebnisse berichtet wird.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, das vom Oberbürgermeister in seinem Bericht in Aussicht gestellte Gespräch der Mitglieder der Magistratskommission mit Vertretern der Schule bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19. November 2009 durchzuführen, damit - wie über Parteigrenzen hinweg in der Magistratskommission vereinbart - auf Grundlage desselben über ein weiteres Vorgehen entschieden werden kann.
2. Der Antrag der SPD wird gemäß § 51, Absatz 2 auf die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19. November 2009 vertagt.

**Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.**

Tagesordnung II

1. **07-F-25-0129** **DL 22/09-1, 20/09-1 , 32/08-1**
Altersgerechtes Wohnen - Modellprojekt "Wohnen im Verbund"
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 05.12.2007 -

ANLAGE

2. **08-F-25-0133** **DL 12/09-1**
Blickpunkt Herbert- und Reisinger-Anlagen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 06.10.2008 -

ANLAGE

3. **09-V-20-0034** **DL 18/09-4**
Bürgerhaushalt 2010/2011; Sachstandsbericht

4. **09-V-40-0401** **DL 18/09-5**
GS Bierstadt - Erweiterung - Ausführungsvorlage

5. **09-V-40-0406** **DL 18/09-6**
Soko 44+ Gutenbergschule; Erweiterung der Mensa

6. **09-V-51-0017** **DL 19/09-3**
Auswirkungen des Gesetzes zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente für die
kommunale Beschäftigungsförderung im SGB II

7. **09-V-51-0035** **DL 23/09-3, 21/09-3**
Erweiterung der Kindertagesstätte Kinderhaus Elsässer Platz e. V. um eine Kindergartengruppe

8. **09-V-52-0011** **DL 22/09-4, 20/09-2**

Sanierung der Kellerskopfhalle in Naurod; 2. Bauabschnitt
(Teilbereich Lüftungsanlage); Infrastrukturmittel des Landes Hessen und des Bundes

9. **09-V-67-0008** **DL 22/09-12, 20/09-10**

Eine Kinderstadt - Spielflächenentwicklung Wiesbaden Innenstadt

Tagesordnung III

1. **09-V-03-0007** **DL 18/09-1**

Drahtlose Netzwerkverbindungen (WLAN) in Sitzungs- und Besprechungsräumen des Rathauses der Landeshauptstadt Wiesbaden

ANLAGE

2. **09-V-04-0001** **DL 19/09-1**

Fahrplanwechsel am 13.12.2009

3. **09-V-05-0004** **DL 18/09-2, 15/09-3**

Weitere Maßnahmen und Teilprojekte für das Konjunkturpaket II

4. **09-V-06-0001** **DL 15/09-4**

Stationäre Altenpflege in kommunaler Trägerschaft; Pflegekonzeption

5. **09-V-10-0018** **DL 18/09-3**

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Gremien

ANLAGE

6. **09-V-41-0002** **DL 19/09-2**
Gestaltung des authentischen Ortes der ehemaligen Schlachthoframpe
7. **09-V-52-0006** **DL 18/09-7**
Nutzungsvertrag zur BRITA-Arena; Verlängerung der Laufzeit für die 1. + 2. Mannschaft des SV Wehen-Wiesbaden
8. **09-V-52-0007** **DL 18/09-8**
Abrechnung der Nutzung der Frei- und Hallenbäder des Eigenbetriebes mattiaqua durch Wiesbadener Schwimmvereine
9. **09-V-52-0012** **DL 22/09-5, 20/09-3**
Sanierung des Kunstrasenplatzes der Bezirkssportanlage Kastel; Genehmigung einer üpl. Ausgabe
10. **09-V-61-0006** **DL 23/09-4, 21/09-4**
Flächennutzungsplanänderung "Südlich der Waldhofstraße" im Ortsbezirk Mainz-Kostheim; Feststellungsbeschluss
11. **09-V-61-0012** **DL 22/09-8, 20/09-6**
Flächennutzungsplanänderung "Grünzug Industriepark" im Ortsbezirk Biebrich
- Feststellungsbeschluss -
12. **09-V-61-0013** **DL 22/09-9, 20/09-7**
Bebauungsplan "Grünzug Industriepark" im Ortsbezirk Biebrich
- Änderungsbeschluss und Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung -
13. **09-V-61-0014** **DL 22/09-10, 20/09-8**
Bebauungsplan " Kirschgarten " im Ortsbezirk Sonnenberg - Satzungsbeschluss -

14. **09-V-61-0020** **DL 22/09-11, 20/09-9**
Flächennutzungsplanänderung "Osthafen - westlich des Hafenwegs" im Ortsbezirk Schierstein
- Entwurfsbeschluss -
15. **09-V-61-0022** **DL 23/09-5, 21/09-5**
Bebauungsplanentwurf "Kloppenheim-West 1. Änderung" im Ortsbezirk-Kloppenheim
- Beschluss über die Änderung und Aufstellung eines Bebauungsplanes nach § 13 BauGB -
16. **09-V-61-0023** **DL 23/09-6, 21/09-6**
Bebauungsplan "Steinern Straße - 5. Änderung - Bereich: Südlich der Waldhofstraße" im
Ortsbezirk Mainz-Kostheim - Satzungsbeschluss -
17. **09-V-66-0201** **DL 19/09-4**
Einrichtung einer Verkehrsinfotafel in der Mainzer Straße
18. **09-V-66-0209** **DL 23/09-8, 21/09-8**
Ernst-Galonske-Straße in Mainz-Kastel; 2. Bauabschnitt
ANLAGE
19. **09-V-66-0304** **DL 18/09-9**
Bahnhofplatz - Möblierungen
20. **09-V-66-0308** **DL 19/09-5**
Fahrbahndeckenprogramm in AKK 2009; Anna-Birle-Straße, 1. BA
21. **09-V-66-0312** **DL 19/09-6**
Neubau Anbindung Goerdelerstraße an die Klarenthaler Straße
22. **09-V-80-8007** **DL 20/09-11**

Gezielte Förderung der Kreativwirtschaft - hier Kreativbericht

23. 09-V-82-0005 DL 18/09-10

Mittelbereitstellung für ein Wiesbaden-Magazin

ANLAGE

24. 09-V-82-0008 DL 23/09-9

TriWiCon Betriebskommission - Bestellung der Personalvertreter gemäß § 6 (2), 3 EigBGes

ANLAGE

Zu den folgenden Vorlagen findet eine Sondersitzung der Fachausschüsse statt:

25. 08-V-51-0057 DL 23/09-1, 21/09-1

Schaffung neuer Krippenplätze in der städtischen Kindertagesstätte Erbenheim

26. 08-V-51-0059 DL 23/09-2, 21/09-2

Errichtung eines Provisoriums für die Kindertagesstätte Geschwister-Stock-Platz und die Ausrichtung eines Architektenwettbewerbs für den Ersatzneubau

Hinweis: Anlage 4 ist nicht mehr Bestandteil der Sitzungsvorlage.

27. 08-V-51-0069 DL 22/09-2

Versorgungsziele Tagesbetreuung und Erfahrungsbericht "Ausbauprogramm Tagesbetreuung gemäß Kinderförderungsgesetz"

ANLAGE

28. 09-V-51-0022 DL 22/09-3

Krippenprogramm 2009

ANLAGE

Tagesordnung IV

1. **09-V-20-0032** **DL 22/09-1 NÖ, 20/09-1 NÖ**
Berichterstattung städt. Beteiligungsunternehmen für das 4. Quartal 2008

2. **09-V-20-0039** **DL 22/09-2 NÖ, 20/09-2 NÖ**
Kredit

3. **09-V-20-0041** **DL 23/09-1 NÖ**
Bürgschaft

4. **09-V-20-0043** **DL 24/09-1 NÖ**
Wiesbaden Holding GmbH

5. **09-V-20-0044** **DL 24/09-2 NÖ**
Erwerb von Immobilien
ANLAGE NÖ

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin